Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 26. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 16. Januar 1863.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 14. Jan. Unter den veröffentlichten Dokumenten befindet sich noch eine Depesche des Fürsten Latour d'Auvergne vom 27. Dezember, nach welcher Odo Russell gelegentlich der Weihnachtsfeier dem Papst erneut den Vorschlag gemacht, Rom zu verlassen, sein Bedauern ausgedrückt, daß er dies Anerbieten Englands nicht angenommen, und hinzugefügt hat, er sei berechtigt zu glauben, daß der Papst sehr bald sich in der Nothwendigkeit befinden werde, davon Gebrauch zu machen.

Eine Depesche Sartiges an Drouyn vom 25. Dez. bespricht eine Unterredung mit Pasolini über die Erklärung der „Opinione", daß zwischen Frankreich, welches Rom den Italienern vorenthalte, und Italien, das unwiderruflich Rom fordere, keine Uebereinkunft möglich sei.

Turin, 14. Jan. Die „Opinione" bringt einen Artikel mit dem Titel: „Die Anleihe." In demselben konstatirt sie, daß die finanzielle Lage es der Regierung gestatten werde, die Anleihe bis zum J. 1864 zu vertagen. Gleichwohl fordern politische Erwägungen, sofort die Genehmigung zu verlangen, um zu einer gelegenen Zeit eine Anleihe kontrahiren zu können.

Turin, 15. Jan. Die „Gazetta ufficiale" sagt: Wir sind so glücklich melden zu können, daß sowohl Turin wie andere große Städte die Subscription zu Gunsten der durch die Brigandage Beschädigten mit großer Theilnahme aufgenommen und daß die Municipalitäten sich an die Spitze derselben gestellt haben.

Ein Bülletin derselben Zeitung resümirt die Nachweisungen mehrerer französischen Journale über die seitens der römischen Regierung unternommenen Reformen, constatirt die Ansichten der Presse über das eingewurzelte Uebel, für welches jede wirksame Reform unmöglich sei, und schließt, indem es im Vertrauen auf die Gerechtigkeit Gottes und die Weisheit der Menschen für Rom und Italien glücklichere Zeiten erwartet.

Petersburg, 14. Jan. Die „Senats-Zeitung" bringt die Ernennung des ehemaligen Adjuncten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Geh. Raths Iwan Tolstoy, zum General-Direktor des Postwesens.

Kassel, 15. Jan. Nach der „Kasseler Ztg." ist zum Abschluß eines Vertrages mit Preußen wegen Erbauung einer Eisenbahn von Halle nach Nordhausen über hessisches Gebiet die kurfürstliche Genehmigung ertheilt.

Turin, 14. Jan. Die Minister der Arbeiten und des Krieges werden durch Geniesoldaten eine Straße in der Capitanata bauen lassen. Der Justizminister beantragt die Abschaffung der Todesstrafe für das in Toscana einzuführende Strafgesetzbuch, das im übrigen Italien in Kraft ist.

Paris, 14. Jan. Die Antworts-Adresse auf die Thronrede in Madrid hat die Kammer mit 166 gegen 77 Stimmen genehmigt. Die Behauptung O'Donnel's auf seinem Posten ist gesichert. Die „Patrie" meldet aus Bukarest, 13.: Die serbischen Waffentransporte haben die Donaufürstenthümer verlassen; die Anzahl derselben ist die von den deutschen Journalon angegebene.

Paris, 14. Jan. Sowohl der englische Gesandte Lord Cowley, als auch der italienische, Chevalier Nigra, haben dem französischen Cabinete Mittheilungen bezüglich des Aufhörens der Occupation Roms gemacht. Drouin de Lhuys verweigerte, eine Abschrift dieser Mittheilungen anzunehmen.

Paris, 15. Jan. Die Bank von Frankreich hat ihren Discont heute von 4 auf 5 % erhöht. Die Rente steht im Augenblick 69,90. — Nach der „France" sind die heute aus Konstantinopel eingetroffenen Nachrichten sehr ernster Art, und deuten auf kriegerische Vorbereitungen. Rußland hat gegen alle Rüstungen protestirt, deren Zweck unbekannt sei, indem es die Pforte anklagt, daß dieselbe Unruhen in Tscherkessien hervorrufe. (B. B. Z.)

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

2. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (15. Jan.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. Der Ministertisch ist unbesetzt. Auf den Tribünen sind wieder einige Zuschauer anwesend.

Die Abtheilungen haben sich constituirt wie folgt:

I. v. Bockum-Dolffs, Vors., Reichenheim, Stellv. des Vors., Aßmann, Schriftf., Qual, Stellv. des Schriftf.

II. Waldeck, Vors., Harkort, Stellv. d. Vors., Seubert, Schriftf., v. Saucken (Gerdauen), Stellv. des Schriftf.

III. Röpell (Danzig), Vors., Lette, Stellv. des Vors., Dr. Becker, Schriftf., Schröder, Stellv. des Schriftf.

VI. v. Carlowitz, Vors., v. Baerst, Stellv. des Vors., Dr. John (Labiau), Schriftf., Graf Hacke, Stellv. des Schriftf.

V. v. Diederichs, Vors., Leue, Stellv. d. Vors., Gortzitza, Schriftf., v. Arnim (Templin), Stellv. d. Schriftf.

VI. Taddel, Vors., Gneist, Stellv. des Vors., Forstmann, Schriftf., Pannier, Stellv. des Schriftf.

VII. v. Rönne (Solingen), Vors., v. Sybel, Stellv. d. Vors., Dr. Ziegert, Schriftf., Kuhlwein, Stellv. des Schriftf.

Der Vice-Präsident Behrend übernimmt den Vorsitz.

Bei der Wahl des Präsidenten werden 261 Stimmzettel abgegeben.

Stimmen erhalten: Abg. Grabow 247, v. Arnim (Neustettin) 6, von Bonin (Genthin) 2, Behrend 2, Graf Schwerin 1, Osterrath 1, und zwei Zettel sind leer. Der Abg. Grabow ist somit für die Dauer der Session zum Präsidenten des Hauses gewählt. Derselbe nimmt den Präsidentenstuhl ein und richtet folgende Worte an das Haus: Meine Herren! Ihre fast an Einstimmigkeit grenzende Wahl giebt mir den Muth, dieselbe mit dem allerlebhaftesten Danke für das mir gewordene Vertrauen anzunehmen. Ich werde nach allen meinen Kräften, nach bestem Wissen und Gewissen diesem mich in so hohem Grade ehrenden Vertrauen bei Erfüllung unserer schweren und wichtigen Pflichten, durch möglichst schleunige Abwickelung unserer Arbeiten und durch stete Unparteilichkeit in der Leitung Ihrer Debatte zu entsprechen suchen. Soll mir dies aber gelingen, dann mögen Sie in der, in der vorigen Session mir bewiesenen Unterstützung fortfahren.

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten werden 251 Stimmzettel abgegeben. 3 Zettel sind leer, 2 ungiltig. Stimmen erhalten: Abgeordneter Behrend (Danzig) 197, Osterrath 27, v. Forckenbeck 18, v. Bockum-Dolffs 2, v. Bonin (Stolp) 1, und v. Rönne (Solingen) 1. Abg. Behrend (Danzig) ist somit gewählt und nimmt die Wahl an.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten werden 236 Stimmzettel abgegeben, von denen 4 ungiltig sind. Stimmen erhalten: die Abgeordneten v. Bockum-Dolffs 204, Osterrath 27 und v. Bonin (Stolp) 1. Abgeordneter v. Bockum-Dolffs ist somit gewählt und nimmt die Wahl an.

Der Präsident Grabow ernennt hierauf die Abg. Riebold und Parisius zu Quästoren des Hauses und fordert demnächst die Abtheilungen auf, morgen um 11 Uhr zur Wahl der Commissionen zusammen zu treten. Die nächste Plenarsitzung findet morgen Mittag 1 Uhr statt. Tagesordnung: Wahlprüfung und Vorlagen der kgl. Staatsregierung. Demnächst findet das Scrutinium zur Wahl der 8 Schriftführer statt; das Resultat wird morgen verkündet. Schluß der Sitzung 2¼ Uhr.

2. Sitzung des Herrenhauses. (15. Januar.)

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr. Der Ministertisch ist leer. Nach Mittheilung mehrerer Entschuldigungsschreiben wird zur Wahl der Schriftführer geschritten. Während der Stimmzählung macht der Präsident Mittheilung von dem Tode der Mitglieder v. Alvensleben (?) und Graf Czapski, so wie von dem Ausscheiden der ehemaligen Ober-Bürgermeister Groddeck und Dr. Krausnick in Folge des Ablaufs ihrer Amtsperioden. Das Haus zählt sonach jetzt 246 Mitglieder, von denen nur 7 nicht eingetreten sind, und 90 ruhende Stimmen. Nach einigen weiteren geschäftlichen Mittheilungen (Constituirungen der Abtheilungen und Commissionen rc.) wird die Sitzung um 1 Uhr 40 Minuten geschlossen. Das Resultat der Schriftführerwahl wird in der nächsten Sitzung, deren Tag noch nicht bestimmt werden kann, bekannt gemacht werden. (Möglicher Weise wird die Regierung am Sonnabend Vorlagen einbringen.)

Berlin, 15. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: die Wahl des bisherigen General-Landschafts-Raths von Koeller auf Cantreck zum General-Landschafts-Direktor der pommerschen Landschatt für die Dauer von 6 Jahren zu bestätigen.

Dem Oberlehrer am Kadettenhause zu Berlin, Dr. Fromm, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Berlin, 15. Jan. [Se. Majestät der König] empfingen im Laufe des gestrigen Nachmittags Se. Durchlaucht den Prinzen Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld und den Präsidenten des Staatsministeriums v. Bismarck-Schönhausen und machten nachher eine Spazierfahrt. Se. Majestät befinden sich heute nach einer guten Nacht in erfreulicher Besserung und nehmen die regelmäßigen Vorträge entgegen. (St.-Anz.)

Berlin, 15. Jan. [Der telegr. gemeldete Artikel des „Staats-Anzeigers" gegen Grabow] lautet wörtlich wie folgt:

„Während die königl. Staatsregierung bei der gestern erfolgteu Eröffnung des Landtages demselben vor Allem den Wunsch dauernder Verständigung und einmüthigen Zusammenwirkens entgegengebracht hat, ist von dem einstweiligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Grabow, der erste Augenblick der wieder eröffneten Sitzungen als geeignet erachtet worden, ein scharfes und verletzendes Urtheil über das Verhalten der Regierung auszusprechen und auf provocirende Weise die Kämpfe wieder anzuregen, welche die jüngste Session zu einer so unerquicklichen und unfruchtbaren gemacht haben.

Abgesehen von der Frage, ob der Präsident des Abgeordnetenhauses zu dergleichen persönlichen Manifestationen überhaupt berufen ist, muß es befremden, daß Herr Grabow sich dazu zu einem Zeitpunkte veranlaßt gefunden hat, in welchem er das Präsidium noch nicht einmal auf Grund der neuen Constituirung des Hauses führte.

Der Staatsregierung war keinerlei Benachrichtigung über das Stattfinden der Sitzung zugegangen. Hätte sie vermuthen können, daß die erste Zusammenkunft der Abgeordneten andere als die gewöhnlichen formellen Geschäfte zum Gegenstande haben würde, so würden ihre Vertreter es sicherlich nicht unterlassen haben, in der Sitzung zu erscheinen, und sofort Verwahrung gegen jenes Auftreten des Präsidenten einzulegen.

Indem wir uns versichert halten dürfen, daß Alle, welchen ernstlich an einer Verständigung gelegen ist, die bezüglichen Aeußerungen beklagen, glauben wir zugleich die Zuversicht aussprechen zu können, daß die Staatsregierung sich dadurch in dem von ihr in der Eröffnungsrede kundgegebenen Bestreben ihrerseits nicht irre machen lassen wird."

[Ministersitzung.] Heute Mittag 12 Uhr traten die Minister im Hotel des Staatsministeriums zu einer Berathung zusammen.

* **Berlin,** 15. Jan. [Das Wegbleiben der Linken vom Gottesdienste] veranlaßt die „Kreuzz." zu folgenden Bemerkungen: „Die Bänke der Abgeordneten waren fast leer; es waren von der Linken nur die anwesend, welche in Beziehungen zum Hofe stehen. Dieses Ausbleiben der Abgeordneten beruhte auf Verabredung. Die Fortschrittspartei sagt sich los von dem bisherigen schönen Gebrauch — sie überträgt ihre Opposition gegen die Krone jetzt auch äußerlich auf die Kirche, in der sie nicht mehr erscheinen will. Sie hat sich entschlossen, ihr Werk nicht mit Gott anzufangen!" Das ist, mit Verlaub, einfach der gewöhnliche „Kreuzzeitungs"-Blödsinn. Jedermann weiß, warum die meisten Abgeordneten vom Gottesdienste weggeblieben sind. Kein anständiger und gebildeter Mann setzt sich zum zweitenmale der Gefahr aus, Schmähreden und Beleidigungen hinnehmen zu müssen, gegen welche er sich nicht vertheidigen kann. In der Kirche sucht man Erbauung; Schimpfreden hört man auf der Straße.

[Die liberalen Fraktionen.] Das linke Centrum hat gestern, nach einer kurzen Diskussion, an der sich hauptsächlich die Abg. Gneist und v. Carlowitz betheiligt haben, einstimmig beschlossen, eine Adresse zur Zeit nicht zu beantragen; es sollen zunächst die Vorlagen der Regierung, namentlich die Budgetvorlagen, erwartet werden. — In der deutschen Fortschrittspartei hat die Diskussion dieser Frage eben erst begonnen; es ist beschlossen worden, mit dem linken Centrum wiederum in gemeinsame Besprechungen zur Feststellung des Operationsplanes einzugehen. — Die beiden kleineren liberalen Fraktionen wollen in der Adreßfrage nicht die Initiative ergreifen. Die deutsche Fortschrittspartei hat gestern ihren geschäftsführenden Vorstand gewählt: Behrend, v. Forckenbeck, v. Hoverbeck, Immermann, v. Rönne (Solingen), Schulze-Delitzsch, Techow, Virchow, Waldeck. Den Vorstand des linken Centrums bilden die Abg. von Bockum-Dolffs, v. Carlowitz, v. Diederichs, Frech, Gneist, Harkort; Schriftführer ist der Abg. Dahlmann.

[Bei der heutigen Wahl Grabow's zum Präsidenten] haben sich wiederum alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten einmüthig erwiesen. Bei der Wahl des ersten Vice-Präsidenten hat sich die äußerste Rechte mit der katholischen Fraction auf den Abg. Osterrath gegen Behrend vereinigt; die 18 Stimmen, welche auf den Abg. v. Forkenbeck fielen, sollen die der polnischen Abgeordneten sein. Bei der Wahl des zweiten Vice-Präsidenten v. Bockum-Dolffs vereinigten sich die dissentirenden Achtzehn wieder mit der Majorität, so daß die Minorität für den Abgeordneten Osterrath abermals nur 27 betrug. Als Schriftführer sind von den beiden großen liberalen Fractionen übereinstimmend aufgestellt und werden gewählt werden die Abgg. Krieger (Goldap), Schröder, Jordan, Söhnke, Bassenge (Lauban), Ziegert, Ziegler, Seubert. Der Abg. v. Bonin (Stolp) ist nicht wieder gewählt, weil die äußerste Rechte, der er angehört, in dem Verfassungs-Conflicte eine der Majorität des Hauses der Abgeordneten völlig feindliche Stellung eingenommen hat; statt seiner ist der Abg. Schröder, Mitglied des linken Centrums, aufgestellt. Der frühere Schriftführer Dahlmann hat zu Gunsten seines Parteigenossen Ziegert verzichtet. — Noch immer gehen Zustimmungs- und Dankadressen an das Haus der Abgeordneten ein. In den gestern vom Präsidenten angegebenen Zahlen waren die von den Abgeordneten Taddel, Parrisius und Roggen überreichten Adressen nicht mit einbegriffen.

[Als Nachfolger des Professors Neumann in der Bearbeitung der Preß-Angelegenheiten] im auswärtigen Ministerium wird der greifswalder Professor der Rechte, Dr. Becker, ein Sohn des berühmten Philologen Immanuel Becker, bezeichnet.

[Unterredung des Stadtverordneten-Vorstandes mit dem Minister des Innern.] Der „Elberf. Ztg." wird von hier geschrieben:

Vor einigen Tagen empfing der Minister des Innern die beiden neu gewählten Vorsteher unserer Stadtverordneten-Versammlung, die Herren Kochhann und Dr. Veit. Er sprach sich hierbei unverhohlen in dem Sinne aus, daß er eine Beilegung des zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause schwebenden Conflicts wünsche, wie denn im Allgemeinen sein Benehmen, obwohl Kochhann ein promovirter Fortschrittsmann ist, ein überaus freundliches war. Der Minister sprach den Wunsch aus, daß alle wohlgesinnten Männer darauf hinwirken möchten, eine Versöhnung herbeizuführen, und fragte, als die beiden Stadtverordneten betonten, daß den Forderungen des Volks Rechnung getragen werden müsse, theilnehmend, worin diese Forderungen beständen. Als ihm hierauf geantwortet wurde, daß namentlich die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine unerläßliche Vorbedingung jeder Verständigung sei, versicherte der Herr Minister, daß er mit vielen Militärs gesprochen habe, und diese alle der Ansicht seien, daß eine zweijährige Dienstzeit nicht ausreichend sei. Natürlicherweise erwiderten die beiden Herren, daß auch sie über diese Frage vielfach mit Militärs gesprochen hätten, und eine sehr große Anzahl von Sachverständigen der Ansicht sei, eine zweijährige Dienstzeit sei vollkommen ausreichend. Der Minister entwickelte darauf eine Reihe von Ideen, in welcher Weise wohl eine Ausgleichung der gegenüberstehenden Ansichten zu erreichen sei. Die Herren Kochhann und Veit konnten sich darüber nicht erklären, theils weil sie in keiner Weise darauf vorbereitet waren, theils weil sie in keiner Weise legitimirt waren, sich über die Annehmbarkeit oder Durchführbarkeit dieser Ideen Namens einer größeren Anzahl von Parteigenossen auszusprechen. Schließlich stellte sich denn auch heraus, daß der Minister keineswegs Ansichten ausgesprochen habe, die irgendwie im Schooß der Regierung zur Erörterung gekommen waren, sondern daß er nur persönlichen — zweifellos außerordentlich wohlmeinenden, aber ebenso zweifellos vorübergehenden Reflexionen Ausdruck gegeben habe. So endete das Gespräch. Hr. Kochhann benutzte übrigens diese Gelegenheit, um der Freude und Dankbarkeit der Bürgerschaft über die gnädige Fassung der k. Antwort auf die Adressen der städtischen Behörden Ausdruck zu geben.

* **Crefeld,** 13. Januar. [Die rheinische Adresse] ist von den Herren v. Sybel und v. Beckerath verfaßt. Bei einer der Vorberathungen, welche etwa 30 Mitglieder zählte, war ein Capital von mehr als dreißig Millionen Thlr. repräsentirt.

Aus dem Kreise Grevenbroich, 12. Januar. [Der Abgeordnete Sartorius] ist seines Bürgermeisteramtes noch nicht enthoben, erst mit dem 23sten d. M., dem Jahrestage seiner Einführung, hat er sein Amt niederzulegen. In dem Rescripte, das er erhalten, heißt es: daß die königliche Regierung (Düsseldorf) in Rücksicht seiner seitherigen Amtsführung beschlossen habe, ihn nach Ablauf seiner gegenwärtigen Amtsdauer nicht wieder als Bürgermeister zu bestätigen. Herr Sartorius ist seit siebundzwanzig Jahren Bürgermeister und zum drittenmale Vertreter des Kreises im Abgeordneten-Hause. (Rhein. Z.)

Frankreich.

Paris, 13. Jan. [Die Rede des Herrn von Morny.] Heute hielten der Senat und der gesetzgebende Körper ihre erste Sitzung. Im Senate wurde keine Rede gehalten. Herr Magne, Minister ohne Portefeuille, gab einfach eine Darstellung der Lage des Kaiserreiches. Im gesetzgebenden Körper hielt der Herzog von Morny folgende Rede:

Meine Herren! Die Rede des Kaisers läßt mir zu sagen wenig übrig, und ich würde sogar fürchten, den Eindruck dieser edlen Worte durch Commentare zu schwächen. Sie wurden, dessen bin ich sicher, Alle tief gerührt, und erkennen mit Dank die Gefühle an, die der Souverän dem gesetzgebenden Körper ausgedrückt hat. Die Hoffnung, die der Kaiser in Sie setzt, wird nicht getäuscht werden. Sie werden während dieser Session nicht außer Acht lassen, welchen beträchtlichen Einfluß Ihr Auftreten und Ihre Sprache auf die Dispositionen und den Geist der Wähler ausüben muß. Sie haben während der fünf letzten Jahre die Regierung unterstützt, wie es ein vernünftiger Staatskörper zu thun genöthigt ist. Jeder unparteiische Geist, der einen Vergleich zwischen Ihren Rechten und Prärogativen, die Sie beim Beginn der Session besaßen, und denen, welche Sie heute besitzen, anstellen wird; Jeder, der die Gesetze aufzählen wird, die durch Ihren loyalen Einfluß ohne Krisis und ohne Erschütterung zurückgenommen oder modificirt worden sind, wird sich nicht weigern, anzuerkennen, daß Ihre Rolle um so ausreichender und nützlicher, als sie versöhnlich und gemäßigt war, und daß dieser Austausch des Vertrauens und der Concessionen zwischen dem Souverän und Ihnen zu Ehren und zum Ruhme aller Gewalten und zum Nutzen aller großen Interessen des Landes gewesen ist. Hoffen wir, daß das Land in seiner Weisheit diese Lage verlängern wird, die aus der Verfassung ein unangreifbares Werk gemacht hat, weil sie vervollkommnet werden kann, und weil sie, indem sie nach und nach die Freiheit herausbildet, auf unvergängliche Weise die Grundlage der kaiserlichen Dynastie bilden wird.

Die gestrige Rede des Kaisers bietet den pariser Journalen nur wenig Stoff dar. Die halboffiziellen Blätter enthalten, wie gewöhnlich, belobende Artikel darüber. Es ist bemerkt worden, daß der Herzog von Monforot, ältester Sohn der Königin Christine von Spanien, sich gestern unter den dienstthuenden Ordonnanz-Offizieren des Kaisers befand.

Schweiz.

Bern, 12. Jan. [Die im Sommer vergangenen Jahres vertagte ordentliche Sitzung der eidgenössischen Räthe] ward heute Vormittag um 10 Uhr wieder eröffnet. Nur der Präsident des Ständerathes, Vigier aus Solothurn, hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache an die Versammlung. Ich theile Ihnen nur den Passus mit, der von der allgemeinen politischen Situation handelt. Er lautet:

Seit 15 Jahren wird an der Umgestaltung einer Reihe europätscher Staaten gearbeitet, und noch ist man dem erwünschten Ziele nicht näher gekommen. Wenn heute manche Hoffnung früherer Tage sich abgekühlt hat, wenn der Freund einer freien Entwickelung der Staaten sogar mit Besorgniß auf die nächste Zukunft blicken muß, so darf uns dieses nicht überraschen. Noch ist Europa nicht zur Ueberzeugung gelangt, daß das Glück der Staaten nicht durch die Interessen der Dynastien, sondern durch das geistige und materielle Wohl der Völker bedingt wird. Ebenso nahe, wenn nicht noch näher, als die Geschicke der europäischen Staaten berühren uns die Begebenheiten in der großen Schwester-Republik jenseits des Oceans. Wir waren gewohnt, in dem großen Bunde amerikanischer Republiken den Hort und mächtigen Bewahrer republikanischer Staats-Einrichtungen zu begrüßen. Wenn heute dort Brüder, die bald ein Jahrhundert zusammengewohnt, in einem Riesenkampfe sich zerfleischen, so sind es nicht allein die Güter, um welche dort gekämpft wird, die unser Interesse erregen; es sind nicht allein die materiellen, auch unser Vaterland nahe berührenden Folgen des Kampfes, die unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen; — nein, der Republikaner sieht in dem Kampfe den Lebensnerv der Republik selbst bedroht, und es wünscht der schweizerische Republikaner, daß es seinem amerikanischen Bruder gelingen möge, die innere Lebenskraft ebenso siegreich und ohne Einmischung von außen zur Geltung zu bringen, wie dieses allseitiger Vaterlandsliebe und Aufopferung vor nicht gar vielen Jahren bei uns gelungen."

Die Verhandlungen des Stände- wie des National-Rathes waren heute für das Ausland ohne Interesse. Eine Motion von großer Tragweite stellte im Ständerathe das waadtländer Mitglied Eytel. Dasselbe beantragte:

Der Bundesrath ist eingeladen, die Frage der Alpenübergänge, auf welchen Eisenbahnlinien erstellt werden können, so wie die Vortheile einer genauen Prüfung unterwerfen zu lassen, welche die verschiedenen Richtungen vom Standpunkte der Technik, der Oekonomie, der Politik und des Handels bieten.

Mit diesem Antrage dürfte die erste Hilfstruppe für die Stämpfli'sche Eisenbahn-Rückkaufsfrage aufmarschirt sein. (K. Z.)

Spanien.

Alle Tage Mexiko nach wie vor im Congresse! Am 12. Jan. sprach Moreno Lopez als Mitglied der Adreß-Commission über das Zerwürfniß der Bevollmächtigten, wobei er nachwies, der Streit sei von französischer Seite ausgegangen, indem die kaiserlichen Bevollmächtigten sich geweigert hätten, über ihr Verfahren Aufschlüsse zu ertheilen; hierdurch sei der Verdacht entstanden, sie hegten geheime Absichten. Sodann hielt Lopez eine Vertheidigungsrede für Prim und reinigte ihn von dem Verdachte, als habe er Familienrücksichten und einem ungehörigen Ehrgeize mehr Rechnung getragen, als den Interessen und der Ehre seines Vaterlandes.

Amerika.

[Weitere Gräuel in Texas.] Der „Texas Republican," ein Conföderirten-Organ, berichtet in seiner Nummer vom 1. November Folgendes über eine zweite Bluthochzeit, ein Seitenstück zu der Abschlachtung der Tegner'schen Freischaar, das in einem anderen Theile von Texas stattgefunden hat: „Vor acht oder vierzen Tagen machten wir eine kurze Mittheilung über die Unruhen in Cooke County, verursacht durch die Entdeckung einer Verschwörung, welche zum Zwecke hatte, jenen Theil des Staates wieder unter die Botmäßigkeit der Union zu bringen. Cooke County liegt an der Grenze des Indianer-Gebiets und ist dicht besiedelt. Die meisten Ansiedler stammen aus Ohio und Indiana. Es stellt sich heraus, daß unter ihnen eine geheime Logen-Organisation gebildet worden war, welche Rache gegen die Verfolger der Unionisten und die Wiederherstellung der alten Union zum Zwecke hatte. Die Verschwörung wurde entdeckt und eine außerordentliche Aufregung entstand. Gegen 70 Individuen wurden verhaftet. Ungefähr 24 von ihnen waren bereits hingerichtet, als neue Aufregung durch die Nachricht entstand, daß der Sohn des Gastwirthes zu Gainesville in einiger Entfernung von der Stadt meuchlerisch ermordet worden sei. Wm. C. Young und mehrere Andere eilten nach der bezeichneten Stelle, um den Leichnam zu holen, doch auf dem Wege dahin wurde Young durch einen aus einem Hinterhalte abgefeuerten Schuß getödtet. Dies rief so große Erbitterung hervor, daß sofort noch mehrere Gefangene gehängt wurden. Die Zahl der in Cooke County Gehängten betrug, den letzten Berichten zufolge, zweiundvierzig (42), und außerdem wurden Zwei erschossen, als sie zu entspringen versuchten. Den Umfang des Complotts kennt man nicht, doch wird er nicht sehr bedeutend sein. Spuren desselben hat man in dem an Cooke grenzenden Grayson County gefunden. In Sherman (Hauptort des County's) hatten mehrere Verhaftungen stattgefunden und ein Mann war zum Tode veurtheilt. Man erwartete, daß auch mit Anderen summarisch verfahren werden würde. — Nachschrift. Seit Vorstehendes geschrieben wurde, haben wir gerüchtweise erfahren, daß auch in Grayson County mehrere Individuen, darunter ein gewisser Dr. Lively, gehängt worden sind." Das macht also mindestens 50 Unionisten, die in diesen beiden County's (d. h. unter einer Gesammt-Bevölkerung, noch bei Weitem nicht so zahlreich, wie die von Hoboken) abgeschlachtet worden sind!

---

§ **Breslau**, 16. Jan. [Zum Preßprozeß, betreffend den Nationalfonds.] In der zweitinstanzlichen Verhandlung des Prozesses wider die hiesigen Zeitungen (S. das heutige Morgenblatt) schloß sich Herr Justizrath Fischer, Vertheidiger des Red. Nowag, den Vorrednern an und wies darauf hin, daß die Schlesische Zeitung den Aufruf des Hrn. v. Unruh mit den Worten mitgetheilt habe: „Hiesige Blätter enthalten nachstehenden Aufruf an das preußische Volk." Zugleich berichte sie über die lebhafte und werkthätige Theilnahme in allen liberalen Kreisen. Von ihr sei die Aufforderung nicht ausgegangen, vielmehr habe sie dieselbe bloß geschichtlich mitgetheilt und könne sie daher im schlimmsten Falle nur als Theilnehmerin einer Uebertretung erachtet werden. Eine Theilnahme an einer Uebertretung sei aber nicht strafbar. In dem dritten Theile des Strafgesetzbuches, welcher von Uebertretungen handele, werde die Theilnahme gar nicht erwähnt, nur in dem dritten Titel des ersten Theiles, welcher von der Theilnahme handle, werde nur von Verbrechen und Vergehen, nicht aber von Uebertretungen gesprochen. Dem sei auch nicht, wie von der königl. Ober-Staatsanwaltschaft geschehen, entgegenzusetzen, daß in § 40, wo von Wahnsinn und Blödsinn gesprochen, der Uebertretung ebenfalls nicht gedacht werde; denn der § 40 und ff. befinden sich in Tit. 4, wo von den Gründen gesprochen wird, „welche die Strafe ausschließen oder mildern." Unter diesen allgemeinen Titel fallen auch Uebertretungen, während der Titel 3 die Ueberschrift enthalte: „von der Theilnahme an einem Verbrechen oder Vergehen", und also die Uebertretungen ausschließe. Hierzu komme noch, daß wohl aus der Straflosigkeit der Vergehen und Verbrechen auch die der Uebertretung, nicht etwa aus der Strafbarkeit jener auch die der Uebertretungen zu entnehmen ist. Die Gerichte hätten auch die Theilnahme an Polizei-Uebertretungen stets angenommen. Maßgebend sei vor Allem das von der kgl. Ober-Staatsanwaltschaft citirte Urtel des Ober-Tribunals vom 23. April 1856. Hier werde wegen Theilnahme an Steuerdefraudation bestraft; aber zugleich hervorgehoben, daß ursprünglich im dritten Theile des Strafgesetzbuchs nur Polizei-Uebertretungen enthalten sein sollten und bei diesen wäre die Theilnahme nicht für strafbar erachtet worden. In Folge dessen wäre weder im dritten Theile bei Uebertretungen, noch im dritten Titel des ersten Theiles bei der Theilnahme an Uebertretungen die Rede. Später wäre nun die Dreitheilung angenommen und alle Handlungen, welche mit 50 Thlr. oder 6 Wochen Gefängniß bedroht sind, hineingezogen worden. Hinsichtlich dieser Uebertretungen, die nicht Polizei-Uebertretungen sind, namentlich hinsichtlich der Steuerdefraudation wäre die Theilnahme als strafbar zu erachten. Nach diesem Urtel nahm also das Ober-Tribunal bei Theilnahme an Polizei-Uebertretungen keine Strafbarkeit an. Noch weiter gehe der höchste Gerichtshof in seinem Urtel vom 5. November 1856, worin nicht einmal die Begünstigung von Steuerdefraudationen für strafbar angesehen werden. Sitz der Materie wären übrigens nicht die §§ 34 und 35 des Strafgesetzbuchs, sondern der § 36. Dieser bestimme: „wer durch Schriften zu Handlungen auffordert, anreizt, verleitet oder zu bestimmen sucht, welche ein Verbrechen oder Vergehen darstellen, soll als Theilnehmer betrachtet und bestraft werden." Nur also bei Verbrechen und Vergehen, nicht bei Uebertretungen kann eine Theilnahme durch Verbreitung in der Presse stattfinden. Aber angenommen nun auch, die Theilnahme an Polizeiübertretungen wäre strafbar, so könne doch nur dann von einer Theilnahme die Rede sein, wenn die Absicht vorhanden gewesen, durch Abdruck des von Unruh'schen Aufrufs eine Sammlung zu bewirken. Die Stellung des Artikels in den gewöhnlichen tagesgeschichtlichen Mittheilungen ergebe nun aber, daß der Redacteur lediglich die Absicht hatte, ein für das Vaterland wichtiges Factum mitzutheilen. Man möge über die Versetzung und die Zurdispositionsstellung der Beamten, sowie über den Aufruf zur Hilfe nur über die werkthätige Theilnahme des Volkes denken wie man wolle, so wäre doch jedenfalls dieser Aufruf ein wichtiges Ereigniß in der vaterländischen Geschichte gewesen, und jedes Blatt, gleichviel welcher Richtung es angehöre, ob „Volkszeitung" oder „Kreuzzeitung", habe die Verpflichtung gegen ihre Leser gehabt, den Aufruf mitzutheilen. Wir leben ja, Gott sei Dank, nicht mehr in jener Zeit, wo Hunger und Typhus in der furchtbarsten Gestalt bei uns wütheten und wir erst aus fremden Blättern auf den grausigen Nothzustand unserer Provinz aufmerksam gemacht werden konnten. Heute dürfe die Presse Alles, was wahr sei, mittheilen und nur dieser Verpflichtung sei die Zeitung nachgekommen. Ihr lag die Absicht zur Ausführung einer Sammlung fern, und kein Factum sei angegeben, woraus eine solche Absicht geschlossen werden könne. Es habe daher auch keine Theilnahme von Seiten der Beschuldigten stattgefunden und es könne auch selbst dann, wenn die Giltigkeit der polizeilichen Verordnung angenommen werden sollte, keine Strafbarkeit eintreten. Diese Giltigkeit müsse nun aber bestritten werden. Dem Richter sei in der Verordnung vom 11. März 1850 nur die Prüfung der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der poliz. Verordnungen entzogen worden; dagegen liege ihm ob, zu prüfen, ob dieselben giltig, ob sie den Gesetzen nicht widersprechen und ob sie auf den speciellen Fall Anwendung finden. Das Hauptgesetz unseres Staates sei, daß Bestimmungen, welche den ganzen Staat betreffen, nur von der gesetzgebenden Gewalt, dem Könige und dem Landtage zu geben wären. Zwar wäre es gestattet, daß die Regierungen polizeiliche Bestimmungen für ihre Districte und die Ortspolizei für ihre Oerter ertheilen, aber dieselben dürfen nur das Interesse der Gemeinden und Districte betreffen. Weiter hinaus dürfen sich die Verordnungen nicht erstrecken und sowie die Ortspolizei nicht über Angelegenheiten des Bezirkes Vorschriften erlassen dürfe, so sei solches auch nicht Ortspolizei-Behörden und Regierungen hinsichtlich allgemeiner Angelegenheiten gestattet. Im § 6 sub i wurden die weitesten Grenzen angegeben. Dort heißt es: „zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften gehört alles Andere, was im besondern Interesse der Gemeinde und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werde." Bei den Verhandlungen, die in der ersten Kammer über dieses Gesetz schwebten, erklärte selbst der Landrath Herr v. Manteuffel, daß dies die Hauptbestimmung sei, welche jedenfalls aufrecht zu halten wäre. Weiter wollte auch er nicht gehen und Niemanden fiel es ein, Angelegenheiten, welche den ganzen Staat betreffen, der Fürsorge einzelner Behörden anzuvertrauen. Insoweit daher Collecten lediglich das Interesse einer Stadt oder eines Bezirks betreffen, kann die Verordnung von deren Behörden ausgehen; aber Niemand kann sich verschweigen, daß im vorliegenden Falle eine allgemeine Angelegenheit vorliegt. Ueber eine solche kann keine Verordnung des Polizei-Präsidiums oder der Regierung maßgebend sein. Wird der Nationalfonds von der Staatsregierung gemißbilligt, glaubt sie, daß ein Verbot nöthig sei, dann möge sie von dem Artikel 63 der Verfassung Gebrauch machen und eine Verordnung erlassen, und sie möge demnächst die Kammern, wenn solche keine Genehmigung ertheilen, auflösen. Das sei ihr Recht, aber nicht sei die Polizei berechtigt, solche allgemeine Verordnungen zu erlassen und noch weniger dürfen frühere Verordnungen, die sich nur auf das Interesse der Gemeinde- und Regierungsbezirke erstrecken, ausdehnend erklärt werden. Hieraus folge Zweierlei. Die im Jahre 1852 und selbst 1860 erlassenen Verordnungen wegen der Collecten erstrecken sich nicht auf Angelegenheiten, die den ganzen Staat betreffen, sondern nur auf solche Collecten, welche allein für die einzelne Stadt und bezugsweise den Bezirk Interesse haben. Wollte man sie aber weiter ausdehnen, dann würde die Polizei weiter gegriffen haben, als wie ihr das Recht zustand, und die Verordnung würde aus diesem Grunde nicht für giltig erachtet werden. In beiden Fällen liegt also keine Strafbarkeit vor, und somit würde auch aus diesem Grunde das Urtel erster Instanz zu bestätigen sein.

= **Breslau**, 16. Jan. [Diebstahl.] Wir hören von einem großen Diebstahl, der am Dinstag an der königl. Postverwaltung in Berlin auf sehr schlaue Weise verübt worden ist. Der Fourgeon, welcher von den Bahnhöfen die mit den Posten angekommenen Packete und Werthgegenstände sowie Briefsäcke nach dem Hofpostamte zu befördern hat, muß auch die Mohrenstraße berühren, wo er von der dortigen Post-Expedition noch Sachen empfängt. Als dies auch am Dinstag des Abends geschehen war, und der Wagen eben über den Gendarmenmarkt fuhr, rief dem Postillon ein in eine Blouse gekleideter Mann, mit bloßem Kopfe, anscheinend ein Postunterbeamteter nach, daß er halten solle, es sei noch etwas vergessen worden. Der Wagen hielt, der Betreffende schloß mit einem Schlüssel das Magazin auf und nahm einen eisernen Kasten heraus, worauf er wieder zuschloß und sich mit den Worten entfernte, der Kasten werde nachgeschickt werden. Später stellte sich heraus, daß alles Schwindel war. Der entwendete Kasten enthielt Geldbriefe, die einen Werth von 60,000 Thlr. repräsentiren sollen. Namentlich befinden sich darunter 25,000 Thlr. in russischen Coupons, welche leicht die Entdeckung herbeiführen können. — Wir geben den ganzen Vorfall so, wie er uns aus guter Quelle mitgetheilt worden. Die amtliche Mittheilung des Sachverhaltes dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Breslau, 16. Jan. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Gartenstraße Nr. 16 eine werthvolle Geige nebst dem dazu gehörenden Mahagonikasten; von einem auf der neuen Oderstraße unbeaufsichtigt stehen gelassenen Wagen eine karrirte wollene Pferdedecke mit Leinwand gefuttert; aus dem Dominial-Pferdestalle zu Pöpelwitz einem Dienstknechte eine blaue Leinwandschürze, ein rothgestreifter wollner Shawl, eine rothgepunkte baumwollene Weste mit blauen Knöpfen und eine schwarze Pelzmütze mit grünem Futter; Vorwerksstraße Nr. 27 zwei durch ein Charnier verbundene Schlüssel; neue Kirchstraße Nr. 9 ein brauner Düffelüberzieher mit schwarzem Sammtkragen und schwarzem Kamelotfutter, und ein Paar Beinkleider von schwarzbraunem Düffel; eine am Nikolai-Stadtgraben unbeaufsichtigt stehen gelassene Radwer, auf welcher sich sechs Säcke mit Knochen und sechs Hasenfelle befanden; Schuhbrücke Nr. 7 ein schwarzer Moirérock mit Pensé-Thibetbesatz und Sammt-Einfassung, und eine graue gewirkte Crinoline mit Penséstreifen; Albrechtsstraße Nr. 14 ein Faß mit Rohzucker (erstes Produkt) circa 11 Centner schwer.

Verloren wurde: ein Portemonnaie, in welchem sich 11 Stück Dukaten, ein Coupon zu 6 Sgr., zwei Post-Briefmarken à 3 Sgr. und zwei dergleichen à 1 Sgr. befanden.

Gefunden wurden: ein Damenpelzkragen und 5 Stück an einem Drahtreifen befindliche Schlüssel.

Angekommen: Schiffskapitän van Diemen aus Amsterdam. Marquis de Casa-Riera, Grand von Spanien mit zwei Dienern aus Paris. Se. Durchlaucht Heinrich XII., Prinz Reuß aus Stonsdorf. Se. Durchlaucht Heinrich XXVIII. Prinz Reuß dgl. Ihre Durchl. Frau Prinzessin Anna Reuß XII. mit Gefolge dgl. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 15. Jan. 10 U. Ab.	338,20	—2,6	SO. 1.	Heiter.
16. Jan. 6 U. Morg.	337,67	—4,6	SO. 1.	Heiter.
Berlin, 15. Jan. 8 U. Morg.	338,40	—1,0	NO.	Nebelig.
Petersburg, 12. Jan. 8 U. Mg.	—	—5,9	SW.	Bedeckt.
Königsberg, 14. Jan. 7 U. Abs.	338,00	+1,0	SO.	—
Warschau, 14. Jan. 8 U. Mg.	—	+2,0	—	—

Breslau, 16. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 1 Z. U.-P. 2 F. 3 Z. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. Jan. Die Bank von Frankreich hat den Discont auf 5 pCt. erhöht. Bei Abgang der Depesche wurde die 3proz. zu 69, 90, Staatsbahn zu 512, 50, Lombarden zu 597, 50, Credit-mobilier zu 1132, 50 gehandelt.

Paris, 15. Jan., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 69, 90, wich auf 69, 85, stieg nach Bekanntwerden der Disconto-Erhöhung auf 70 und schloß zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92⅞ eingetroffen. Schluß-Course: 3prz. Rente 69, 85. 4½prz. Rente 98, 25. Italienische 5proz. Rente 69, 85. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 513, 75. Credit-mobilier-Aktien 1132, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 596, 25. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 15. Jan., Mittags. Die Bank von England hat den Discont auf 4 Prozent erhöht. Consols eröffneten 92⅝—92¾.

London, 15. Jan., Nachm. 3 Uhr. Silber 61⅝. Wetter schön und kalt. Consols 92¾. 1proz. Spanier 46. Mexikaner 31¾. Sardinier 83. 5prz. Russen 98. 4½prz. Russen 95½.

Wien, 15. Januar Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Fest, beliebt. 5proz. Metall. 76, 10 4½proz. Metall. 67, 25 Bank-Aktien 824. Nordbahn 186 —. 1854er Loose 93, —. National-Anleihe 82, 30. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 234, 25 Creditaktien 227, 20. London 114, —. Hamburg 85, 80 Paris 45, 25. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 168, 50. Lombardische Eisenbahn 272, —. Neue Loose 131, 50 1860er Loose 92, 80.

Frankfurt a. M., 15. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 M. Börse im Allgemeinen, insbesondre für östr. Effekten günstig gestimmt. Medioregulirung leicht. Böhm. Westbahn 74¾. Finnl. Anleihe 92⅞. Schluß-Course: Ludwigsh.-Berbach 140. Wiener Wechsel 102⅜. Darmst. Bank-Aktien 244 Darmst. Zettelbank 256½. 5proz. Metall. 65. 4½proz. Met. 57⅛. 1854er Loose 79¼. Oesterr. National-Anleihe 70¼. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 240. Oesterr. Bank-Antheile 848. Oesterr. Credit-Aktien 234½. Neueste österr. Anleihe 82. Oesterreich. Elisabet-Bahn 132. Rhein-Nahe-Bahn 33½. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 131¾.

Hamburg, 15. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Die Börse schloß fest. Finnländische Anleihe 91½. Schluß-Course: National-Anleihe 70½. Oesterr. Credit-Aktien 98¾. Vereinsbank 102⅞. Norddeutsche Bank 103. Rheinische 99½. Nordbahn 67. Disconto 3—2¾. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 15 Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco stille, ab auswärts sehr stille. Roggen loco ruhig, ab Ostsee pr. Frühjahr unverändert und ohne Geschäft. Oel loco 31¾, pr. Mai 31⅛, Okt. 29⅞. Kaffee bleibt in günstiger Haltung; verkauft schwimmend 5000 Sack Rio, 2000 Sack Santos, loco 3000 Sack diverse. Zink ohne bekannte Umsätze.

Liverpool, 15. Januar. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. — Volle Preise.

Berlin, 15. Jan. Die Börse war heute weniger als gestern belebt, dagegen war der Grundton des ganzen Geschäfts ein wesentlich festerer. Namentlich hatten sich die inländischen Eisenbahnactien von der matten Haltung, die wir längere Zeit von ihnen zu berichten hatten, in den meisten Fällen noch freier als gestern gemacht. Die häufig recht ansehnlichen Coursbesserungen auf diesem Gebiete des Marktes gingen größtentheils von Kauf-Aufträgen aus, die selbst zu den erhöhten Coursen nicht immer leicht auszuführen waren. Ein eigentlich lebhafter Umsatz war hingegen nur in leichten Eisenbahnpapieren, namentlich in Nordbahn und Mastrichtern, und von Bank-Effecten in Darmstädtern. Die österreichischen Effecten waren zwar recht fest, aber der Verkehr nur sehr eingeschränkt. Von Wien lauteten die Course aus dem Frühgeschäft zum Theil etwas besser. Credit 227. 40 (Anfangs 226. 70), National-Anleihe 82, Loose 92. 90, Credit-Loose 131. 50. Westbahn 168. 50, Metalliques 76, London 113. 75. Der Bankausweis wird als „günstig" bezeichnet. Der Schluß war für österreichische Papiere und auch im Ganzen, nachdem die Börse vorher etwas matter geworden, wieder fester, Disconto war 3¼ geblieben, hatte aber etwas mehr angezogen. Die von London erwartete Disconto-Erhöhung von 3 auf 4% war erst nach Schluß der Börse eingetroffen. (Bank- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 15. Januar 1863.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 B.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4	99⅛ B.
dito 1854, 55A. 57	4½	102 bz.
dito 1856	4½	102 bz.
dito 1853	4	99¼ bz.
dito 1859	5	107⅛ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89⅝ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103 bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	92¼ bz.
dito dito	4	102 bz.
Pommersche	3½	91¾ bz.
dito neue	4	100½ bz.
Posensche	4	103⅞ G.
dito	3½	98¾ G.
dito neue	4	97¾ bz.
Schlesische	3½	95 bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100 bz.
Pommersche	4	99⅞ B.
Posensche	4	99¼ B.
Preussische	4	99⅝ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99⅝ bz.
Sächsische	4	100⅝ bz.
Schlesische	4	100 bz.
Louisdor	—	109⅝ bz.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	66⅝ bz.
dito 54r Pr.-Anl.	4	82 B.
dito neue 100 fl.-L.	—	77½ bz
dito Nat.-Anleihe	5	72½ a ¼ bz u. G.
dito Bankn. n. Whr.		88⅛ bz
Russ.-engl. Anleihe	5	96⅞ etw bz. u B.
dito 5. Anleihe	5	92¼ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	85½ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	90¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93½ G.
dito à 300 Fl.	5	95 B.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	90½ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 bz.
Baden 35 Fl.	—	31¾ G.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	91 bz.
Aach.-Mastricht	3½	4	35 bz
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	98 G.
Berg.-Märkische	6½	4	107½ bz.
Berlin. Anhalter	8¼	4	146¾ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	125½ G
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	196½ bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	137 bz
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	137 bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	180 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/15	5	136¾ bz.
Ludw.-Bexbach	8	4	140½ B.
Magd.-Halberst.	22½	4	290½ bz.
Magd.-Wittenbrg.	1⅛	4	65¾ bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	128½ bz.
Mecklenburger	2⅔	4	66¼ bz. u. B.
Münster-Hammer	4	4	98½ G.
Neisse-Brieger	3½	4	83½ bz.
Niederschles.	4	4	98⅞ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	73½ B.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	68¼ a ¾ a ½ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A	7⅛	3½	164¼ bz.
Oberschles. B	7⅛	3½	144½ bz.
dito C	7⅛	3½	164¼ bz.
dito Prior A	—	4	99½ B.
dito Prior B	—	3½	88¼ bz.
dito Prior C	—	4	97¾ G.
dito Prior D	—	4	97¾ G.
dito Prior E	—	3½	84⅝ bz.
dito Prior F	—	4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	62¾ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	⅛	4	62½ bz.
Rheinische	5	4	100½ bz.
dito (St.) Pr.	5	4	105½ B.
dito Prior	—	4	96 B.
dito III. Em.	—	4½	100 B.
Rhein-Nahebahn	—	4	33¾ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 11/12	3½	96 bz. u. B.
Starg.-Posener	4	3½	109 a 109½ bz.
Thüringer	6⅔	4	127 B.
Wilhelms Bahn	—	4	65½ B.
dito Prior	—	4	92¾ bz.
dito III. Em.	—	4½	97½ B.
dito Prior St.	—	4½	95¼ G.
dito dito	—	5	98⅝ bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 11/12	4	116¼ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	101¼ bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	86 etw. bz.
Bremer "	5¾	4	105½ etw. bz.
Coburg. Credit A	3	4	90 bz.
Darmst. Zettel-B.	8⅓	4	102½ G. (i. D.)
Darmst. Credb. A.	5	4	95¼ à ¾ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	7¾ bz. u B
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	99½ bz u. B.
Genf. Creditb. A.	2	4	53½ à ¾ bz. G. (i D)
Geraer Bank	5¾	4	98 B.
Hamb. Nord. Bank	5	4	103 B.
" Ver.-Bank	5 1/15	4	102 G. (incl. Div.)
Hannov. "	4½	4	101½ B.
Leipziger "	3	4	84½ bz. (i. D)
Luxembrg. "	10	4	101⅞ B.
Magd. Priv. "	4 1/12	4	94½ B.
Mein. Creditb. A.	6	4	98⅝ etw. bz.
Minerva Bgwk. A.	—	5	38 bz.
Oester. Creditb. A.	7¾	5	100⅛ à ½ bz. (i. D)
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	98½ G.
Preuss. B.-Anthl.	4 1/12	4½	125 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	101⅜ B.
Thüringer Bank	2⅜	4	66¾ etw. bz.
Weimar. Bank	4	4	90¾ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143⅞ bz.
dito	2 M.	143 bz.
Hamburg	8 T.	152⅛ bz.
dito	2 M.	151⅜ bz.
London	3 M.	6. 21 bz.
Paris	2 M.	80 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	87⅞ bz.
dito	2 M.	87⅛ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99¼ bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3 W.	100 bz. 3 M. 99½ bz.
Warschau	8 T.	90¼ bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Berlin, 15. Jan. Weizen loco 60—73 Thlr. nach Qual., exquis. weißer poln. 73 Thlr. ab Bahn bez, bunter posener 70 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco Jan. 46⅜ Thlr. bez. und Br., ¼ Thlr. Gld., Jan.-Febr. 46¼ Thlr. bez., Frühjahr 45⅝—¾ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Mai-Juni 45¾—⅞ Thlr. bez. und Gld., 46 Thlr. Br., Juni-Juli 46½ Thlr., Juli allein 46½ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine 31—38 Thlr. pr. 1750 Pfd., schlesische 37 Thlr. ab Bahn bez. — Hafer loco 22—24 Thlr. nach Qualit., Lieferung pr. Jan. 23 Thlr. Br., Jan.-Febr. 22¾ Thlr. nominell, Frühjahr 22¾ Thlr. bez., Mai-Juni 23—23 Thlr. nominell, Juni-Juli 23⅜ Thlr. bez. — Erbsen, Kochwaare 47—53 Thlr., Futterwaare 43—45 Thlr. — Rüböl loco 14 11/12 Thlr. bez., Jan. 14⅞—⅚ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Jan.-Febr. 14¾ Thlr. bez., Br. und Gld., Febr.-März 14 17/24 Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., April-Mai 14⅔—¾ Thlr. bez. u. Br., 17/24 Thlr. Gld., Mai-Juni 14 7/12—⅝ Thlr. bez und Gld., ⅔ Thlr. Br., Septbr. Oktbr. 13 11/12 Thlr. bez. — Leinöl loco 14 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 14 13/24—½ Thlr. bez., Jan. und Jan.-Febr. 14 13/24—7/12 Thlr. bez. und Gld., ⅝ Thlr. Br., Febr.-März 14⅝—⅔ Thlr. bez., Br. und Gld., April-Mai 15⅛—1/12—⅙ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 15⅓—⅜ Thlr. bez. und Br., ⅓ Thlr. Gld., Juni-Juli 15⅝—13/24—7/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 15 19/24—⅚ Thlr. bez., Br. und Gld.

Weizen fest. Roggen loco wurde zu festen Preisen Einiges umgesetzt. Termine sind zu festen, aber nicht höheren Preisen schwach gehandelt und schließen zu letzten Notirungen auch behauptet. Gekündigt 1000 Ctnr. — Hafer, Termine still. Rüböl in Folge des eingetretenen mäßigen Frostes und im Verein mit auswärtigen besseren Notirungen, war hier die Stimmung animirt und Preise verkehrten mangels Abgeber in langsam steigender Tendenz. Schluß fest. Für Spiritus war heute die Stimmung eine feste, ohne daß sich Preise dabei wesentlich besserten und Umsätze keine Ausdehnung erlangten. Gekündigt 10,000 Quart.

Breslau, 16. Januar. Wind: Ost. Wetter: sehr schön. Thermometer Früh 5° Kälte. Der Geschäftsverkehr war heut ohne belangreichen Umfang, die Preise im Allgemeinen behauptet bei wenig angeregter Kauflust.

Weizen preishaltend; pr. 85pfd. weißer 70—84 Sgr., gelber 67—76 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — Roggen behauptet; pr. 84pfd. 50—52—54 Sgr. — Gerste gut beachtet; pr. 70pfd. weiße 40—42 Sgr., gelbe 37—39 Sgr. — Hafer beachtet; pr. 50pfd. schlesischer 24—25 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen schwacher Umsatz. — Rapskuchen 51—53 Sgr. — Oelsaaten wenig angeboten, daher neuerdings höher bezahlt. — Schlaglein gefragter. — Lupinen 36—40 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	69—77—84	Wicken	36—38—41
Gelber Weizen	66—72—78		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—52—54	Schlag-Leinsaat	180—195—205
Gerste	36—38—42	Winter-Raps	225—254—268
Hafer	23—25—27	Winter-Rübsen	218—242—252
Erbsen	45—50—55	Sommer-Rübsen	196—216—220

Kleesaat, fand wieder etwas mehr Beachtung, rothe ordinäre 8½—10 Thlr., mittle 10¾—12 Thlr., feine 12⅔—14½ Thlr., hochfeine 15—15⅔ Thlr., extrafeine 16 Thlr. und darüber, — weiße gleichfalls etwas fester, ordinäre 8—9¾ Thlr., mittle 10¼—13½ Thlr., feine 14¼—17¼ Thlr., hochfeine 18¼—19¼ Thlr. — Schwedischer Klee 18—26 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee 5½—7 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—21 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 15 Thlr. Br., Januar 14¾ Thlr., Frühjahr 14 11/12 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13½ Thlr. Januar 13⅝ Thlr., pr. Frühjahr 14⅙ Thlr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.